



# Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

## Geschäftsführung Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: [Andrea.brohl@stadt-koeln.de](mailto:Andrea.brohl@stadt-koeln.de)

Datum: 14.12.2023

## Niederschrift

über die **23. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 23.11.2023, 16:00 Uhr bis 19:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

### Anwesend waren:

#### Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Antje Kosubek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Herr Elmar Spilles	CDU
Frau Julie Cazier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ismail Arabaci	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stefan Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Martin Herrndorf	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mildred Utku	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Vinçon	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tim Cremer	SPD
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE.
Herr Christian Nüsser	FDP
Frau Dr. Verena Holzer-Henke	Klima Freunde

#### Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

#### Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

## Gäste

Frau Ute Palm

auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

## Schritfführung

Frau Andrea Brohl

## Presse

## Zuschauer

## Entschuldigt fehlen:

## Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Dr. Regina Börschel

SPD

Frau Sabine Kader

Die PARTEI

## Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite

FDP

Herr Manuel Froh

Volt

Herr Lino Hammer

GRÜNE

Frau Maria Helmis-Arend

SPD

Frau Derya Karadag

GRÜNE

Herr Heiner Kockerbeck

DIE LINKE

Herr Lukas Lorenz

SPD

Herr Mario Michalak

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Michel

CDU

Herr Floris Rudolph

GRÜNE

Frau Stefanie Ruffen

FDP

Frau Sandra Schneeloch

GRÜNE

Herr Hans Schwanitz

GRÜNE

Herr Ralph Sterck

FDP

Herr Artur Tybussek

CDU

Herr Florian Weber

CDU

Herr Bezirksbürgermeister Hupke begrüßt alle Anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Presse, die Seniorenvertreterin Frau Flöge-Becker, die Vertreterin auf Vorschlag des Arbeitskreises barrierefreies Köln Frau Palm.

Er gratuliert Herrn Nüsser nachträglich zum Geburtstag.

Er stellt den **fristgerechten Zugang der Einladung** zur Sitzung der BV 1 fest.

Die **aktualisierte Tagesordnung** liegt den Mitgliedern der BV vor und ist im Ratsinformationssystem öffentlich einzusehen. Die Tagesordnungspunkte 3.11 bis 3.18, 5.2.5.1, 9.11 bis 9.16, sowie im nichtöffentlichen Teil 2.2, 2.3 und 4.2 wurden zuge-

setzt.

Tagesordnungspunkt 3.11 und 3.3 sollen vorgezogen werden.

Herr Cremer, SPD, möchte TOP 5.1.1 zurückstellen und den in TOP 9.1 gemachten Verfahrensvorschlag zunächst in einem Fachgespräch mit den Fraktionen besprechen. TOP 5.2.6 bittet er aufgrund noch notwendiger Abstimmungen mit den anderen Fraktionen zurückstellen.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, meldet zu TOP 3.12 Beratungsbedarf an, zu TOP 3.13 wird die Vertagung mit Maßgabe einen Ortstermin durchzuführen beantragt, zu 3.17 und 3.18 wird ebenfalls die Vertagung beantragt. 3.18 kann der Bezirksvertretung Innenstadt als Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt werden, um den Sitzungslauf nicht zu gefährden.

Herr Leitner, CDU, bittet TOP 9.11 zu vertragen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen:

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**
- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
  - 3.1 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln  
3135/2023
  - 3.2 Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt: Erfahrungsbericht zum Vergabekonzept für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 sowie Weiterentwicklung des Vergabekonzepts für die Zeit ab 01.01.2024 bis 31.12.2028  
2015/2023
  - 3.3 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarkts auf dem Friesenplatz im Zeitraum 2024 - 2028  
3090/2023
  - 3.4 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen  
3270/2023

- 3.5 Lückenschluss RingFrei am Barbarossaplatz (gem. 1202/2019)  
3334/2023
- 3.6 Erneuerung von Hochwasserschutzanlagen am Rheinufertunnel  
hier: Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss  
2890/2023
- 3.7 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen  
Plätzen der Kölner Innenstadt für das 1. Halbjahr 2024  
3180/2023
- 3.8 Benennung eines Mitgliedes der Bezirksvertretung Innenstadt zur Teilnahme  
an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates in der Wahlperiode 2020-2025  
3645/2023
- 3.9 Genehmigung DE - Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfah-  
rens zur Suche eines Investors\* einer Investorin mit Grundstück zur Planung  
und Errichtung eines Neubaus oder des Umbaus und ggfls. der Erweiterung  
eines Bestandsgebäudes für ein 4/6 zügiges Gymnasium (Sek I 4-zügig, Sek  
II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Neustadt-Nord  
1382/2023/1
- 3.10 Genehmigung DE - Sanierung des Funkturms Colonus (BV 1 Innenstadt)  
3519/2023
- 3.11 Leitlinien für die Durchführung eines zweistufigen Gutachterverfahrens für die  
Errichtung eines Bürokomplexes auf dem Gelände zwischen der Deutz-Mül-  
heimer Straße und dem Pfälzischen Ring an der Zoobrücke in Köln-Deutz -  
verfahrensleitender Beschluss  
3153/2023
- 3.12 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023  
3033/2023
- 3.13 Parkraumbewirtschaftung Parkplatz Judenkirchhofsweg in Köln-Deutz  
3202/2023
- 3.14 Förderung des Brauchtums in den Veedeln - Sicherung der Durchführung der  
Veedelszüge im Stadtbezirk Innenstadt - Förderprogramm  
3817/2023
- 3.15 Gebührenordnung für das Ausstellen von Bewohnerparkausweisen der Stadt  
Köln (Bewohnerparkgebührenordnung)  
3760/2023
- 3.16 Energetische Sanierung des Bürgerzentrums Deutz, Tempelstraße 41-43,  
50679 Köln Planungsbeschluss  
3475/2023

- 3.17 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung  
3218/2023
- 3.18 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“  
hier:  
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats  
3650/2023
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umgestaltung Neumarkt (Az.: 02-1600-211-22)  
2202/2023
- 4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO Bücherschrank auf dem Spielplatz Buschgasse / An der Eiche  
2892/2023
- 4.3 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone", AZ.: 35/23  
2795/2023
- 4.4 Bürgereingabe nach §24 GO- Parkplatzlösung Agnesviertel - hier: Lentpark  
67/2023  
2446/2023
- 4.5 Bürgereingabe nach § 24 GO - Wiederherstellung des Bouleplatzes am Fort X - 139/23 B  
3286/2023
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
- 5.1.1 Umbenennung der Mohrenstraße in Altstadt-Nord, Antrag SPD  
AN/1311/2020
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
- 5.2.1 Entfall des Parkens auf der Maastrichter Straße, Antrag B90/Die Grünen  
AN/1942/2023
- 5.2.2 Standorte für Quartiersgaragen, gem. Antrag SPD, B90/Die Grünen, CDU und Die Partei  
AN/1954/2023

- 5.2.3 Bitte um Entfernen zweier alter Telefonzellen auf der Deutzer Freiheit, Antrag CDU  
AN/1960/2023
- 5.2.4 Informationen zu Bauvorhaben, Antrag Die Linke  
AN/1922/2023
- 5.2.5 Erstaufnahme-Einrichtung Riehler Straße, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei  
AN/1948/2023
- 5.2.5.1 Ergänzungsantrag zu "Erstaufnahme-Einrichtung Riehler Straße (OFD)", Änderungsantrag CDU zu AN/1948/2023  
AN/2090/2023
- 5.2.6 Parken von Wohnmobilen/Wohnanhängern im Stadtbezirk Innenstadt, gem. Antrag SPD und Die Partei  
AN/1955/2023
- 5.2.7 Ausstellung Toleranzräume auf den Neumarkt, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei  
AN/1946/2023

## **6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter**

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
- 6.1.1 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne  
AN/0153/2023
- 6.1.2 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage B90/Die Grünen  
AN/0244/2023
- 6.1.3 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer Grüngürtel  
AN/0425/2023
- 6.1.4 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen  
AN/0814/2023
- 6.1.5 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage B90/Die Grünen  
AN/1451/2023
- 6.1.6 Zukunft des Rheingartens nach Kragplatte und Fußball WM 2024, Antrag B90/Die Grünen  
AN/1772/2023

- 6.1.7 Stand der Planungen Eierplätzchen, Anfrage B90/Die Grünen  
AN/1814/2023
  
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
  
- 6.2.1 Sanierung des Quäker-Nachbarschaftsheims/Norbert-Burger-Bürgerzentrum,  
Anfrage SPD  
AN/1957/2023
  
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
  
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
  
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
  
- 9.1 Projekt „Überprüfung der Kölner Straßennamen auf Zusammenhänge mit Kolonialismus oder Nationalsozialismus“  
Hier: Handlungsempfehlung für die Mohrenstraße in Köln Altstadt/Nord  
3020/2023
  
- 9.2 Bildungslandschaft Altstadt/Nord - Sporthalle Adolf-Fischer-Straße, Sachstand  
Stand 10. Oktober 2023  
3229/2023
  
- 9.3 Aufstellung einer barrierefreien und eingehausten Mobiltoilette im Bereich des Wasserspielplatzes am Colonia  
3427/2023
  
- 9.4 Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten  
3192/2023
  
- 9.5 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "(Wieder)Errichtung einer öffentlichen Toilette im Umfeld des Skulpturenparks in 50668 Köln", Aktenzeichen: 65/23  
3506/2023
  
- 9.6 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 19.09.2023 (AN/1657/2023) betr. "Sachstand zur Errichtung von Quartiersgaragen"  
3327/2023
  
- 9.7 Radverkehrsfreundliche Umgestaltung in der Gummersbacher Straße  
3232/2023
  
- 9.8 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe  
Gleiswechselbauwerk Waidmarkt  
hier: Verfüllung der Fahrbene und weiterer Bauverlauf nach Vorlage des Gutachtens zur Baugrubenumschließung  
3524/2023

- 9.9 Sachstandsbericht  
3569/2023
- 9.10 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von Geflüchteten und neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2023  
3445/2023
- 9.11 Temporäre Einrichtung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen auf der Trankgasse  
2818/2023
- 9.12 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) zu den Änderungen (Teilaufhebungen) der Bebauungspläne 6644 Nd 1/16 (67453/16), 67454/09 und 67454/10 Arbeitstitel: Historische Mitte in Köln-Altstadt/Nord  
3076/2023
- 9.13 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2023 (Fahrplanjahr 2024)  
3386/2023
- 9.14 Mitteilung zum Leitbild-Beschluss "Besser durch Köln"  
3701/2023
- 9.15 Urteil des Oberverwaltungsgericht NRW zur Klage mehrerer Anwohner\*innen des Brüsseler Platzes gegen die Stadt Köln  
3769/2023
- 9.16 Aufwertung des Neumarkts – Aktueller Stand  
3751/2023

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 2 Verwaltungsvorlagen**
  - 2.1 Musical Dome Köln: Verlängerung des Gestattungsvertrages, 12. Änderungsvertrag  
2655/2023
  - 2.2 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes in der Altstadt auf den Platzflächen Alter Markt und Heumarkt für den Zeitraum 2024 - 2028  
3668/2023
  - 2.3 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarktes auf dem Neumarkt für den Zeitraum 2024 - 2028  
3679/2023



### **3 Anträge zu dieser Sitzung**

- 3.1 Laurenz Carré, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei  
AN/1944/2023

### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Besetzung der stellvertretenden Schulleitung an dem Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Georgsplatz 10, 50676 Köln  
2078/2023
- 4.2 Auswahlverfahren für die Durchführung der Volksfeste 2024 in Deutz  
3535/2023

### **5 Bericht aus den Beiräten**

- 5.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat
- 5.2 Bericht aus dem Kunstbeirat

### **6 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

**1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**

**2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**

**3 Verwaltungsvorlagen**

**3.1 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln  
3135/2023**

Frau Cazier, B90/Die Grünen, beantragt folgende Änderung: „Die Bezirksvertretung Innenstadt lehnt die Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2024 ab und bittet die Verwaltung, hier eine alternative Gegenfinanzierung vorzuschlagen und die Finanzierung der in den kommenden Jahren anstehenden Baumaßnahmen in diesem Bereich sicherzustellen.“

Herr Cremer, SPD, lehnt sowohl die Beschlussvorlage als auch den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen ab, da die Durchführung des NRW-Tages in Köln mit so hohen Kosten für die Stadt Köln verbunden sei. Es gebe in Köln genug Veranstaltungen.

Herr Scheffer, Die Linke, kritisiert die von der Fachverwaltung vorgeschlagene Finanzierung zu Lasten der Bürgerhäuser. NRW habe es nicht nötig sich alle zwei Jahre in der Art und Weise selbst abzufeiern. Es handele sich um eine weitere Megaveranstaltung, die nicht wirklich sinnvoll sei.

### **I. Änderungsantrag B90/Die Grünen**

Die Bezirksvertretung Innenstadt lehnt die Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2024 ab und bittet die Verwaltung, hier eine alternative Gegenfinanzierung vorzuschlagen und die Finanzierung der in den kommenden Jahren anstehenden Baumaßnahmen in diesem Bereich sicherzustellen.

### **II. Geänderte Beschlussvorlage auf Grundlage des Ratsbeschlusses (Anlage5):**

Der Rat stimmt der Durchführung und dem vorgestellten Veranstaltungskonzept zur Nachholung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen Kölner NRW-Tages vom 16. bis zum 18.08.2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung am 17.08.2024 in Köln zu.

Er erkennt den Bedarf in Höhe von 1.720.000 € an und beschließt gleichzeitig überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 660.000 € im Teilergebnisplan des Amtes der Oberbürgermeisterin in der Produktgruppe 0101, Politische Gremien, Verwaltungsführung und internationale Angelegenheiten, in Teilplanzeile 16, Sonstige ordentliche Aufwendungen, im Haushaltsjahr 2024. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch

~~Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2024.~~

***Die Organisation des NRW-Tages erfolgt nach den UN-Zielen für Nachhaltigkeit, zu denen sich der Rat bereits 2017 bekannt hat. Die Veranstaltung wird somit ein „Zero-Waste“-Konzept verfolgen und klimaneutral ausgerichtet. Sowohl das gastronomische Angebot als auch weitere Beschaffungen, die für den NRW-Tag benötigt werden, orientieren sich an den Kriterien des Fair-Trades und dem Gebot der CO2- und Müllvermeidung. Bevorzugt sind Waren und Dienstleistungen aus dem regionalen Umfeld, beziehungsweise aus dem regionalen Umfeld NRWs zu beziehen.***

***Die Verwaltung wird gebeten sich bei den Verkehrsverbänden und dem Land NRW für einen „fahrloschen Tag“ innerhalb NRWs, und einer günstigen Anreise mit dem SPNV nach Köln einzusetzen.***

Die Bezirksvertretung Innenstadt lehnt die Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2024 ab und bittet die Verwaltung, hier eine alternative Gegenfinanzierung vorzuschlagen und die Finanzierung der in den kommenden Jahren anstehenden Baumaßnahmen in diesem Bereich sicherzustellen.

**Abstimmung zu I (Änderungsantrag B90/die Grünen).**

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, Die Linke und KlimaFreunde gegen CDU und FDP bei Enthaltung SPD **zugestimmt.**

**Abstimmung zu II (geänderte Beschlussvorlage).**

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen (6) gegen die Stimmen von SPD (2) und Die Linke (2) bei Enthaltung von CDU, FDP und KlimaFreunde **zugestimmt.**

(Frau Kosubek war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

### **3.2 Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt: Erfahrungsbericht zum Vergabekonzept für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 sowie Weiterentwicklung des Vergabekonzepts für die Zeit ab 01.01.2024 bis 31.12.2028 2015/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, erklärt, dass es grundsätzlich richtig sei, dass es ein Vergabekonzept geben soll und auch lebendige Plätze gewünscht seien. Aber bei 25 Veranstaltungen im Jahr stelle sich die Frage, ob das die gewünschte Lebendigkeit sei. Daher habe es vor Eintritt in die Tagesordnung den Wunsch nach einem Fachgespräch gegeben, der aufgrund der Beratungsfolge nicht weiterverfolgt wurde.

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, stellt folgenden Änderungsantrag:

„4. Die Verwaltung wird beauftragt das vorliegende Konzept um den Aspekt des Klimaschutzes insbesondere auch um die Zielsetzung Zero Waste zu ergänzen.“ Dies

sei damit begründet, dass laut Aktionsplan Klimaschutz der Klimaschutz in etablierten Veranstaltungen integriert werden soll.

#### **I. Ergänzungsantrag KlimaFreunde:**

- 4. Die Verwaltung wird beauftragt das vorliegende Konzept um den Aspekt des Klimaschutzes insbesondere auch um die Zielsetzung Zero Waste zu ergänzen.**

#### **II. Ergänzter Beschluss:**

1. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales nimmt den Erfahrungsbericht (Anlage 4) der Verwaltung zum „Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2023“ (Anlage 1) sowie zum „Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023“ (Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe/ Internationales beschließt die als Anlage 5 beigefügte weiterentwickelte Fassung des „Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für die Zeit vom 01.01.2024 bis 31.12.2028“.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales im 2. Halbjahr 2028 einen Erfahrungsbericht über das Vergabekonzept sowie einen Vorschlag für ein ggf. weiterentwickeltes Konzept ab 2029 vorzulegen. In diesem Zusammenhang sollen im Vorfeld die Anlieger\*innen, Verbände, Kammern, Interessengemeinschaften, Bürgerinitiativen sowie die Veranstalter\*innen angehört werden.
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt das vorliegende Konzept um den Aspekt des Klimaschutzes insbesondere auch um die Zielsetzung Zero Waste zu ergänzen.**

#### **Abstimmung zu I. Ergänzungsantrag KlimaFreunde**

**Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, Die Linke und KlimaFreunde gegen CDU, SPD und FDP **zugestimmt**.

#### **Abstimmung zu II. Ergänzter Beschlussvorlage**

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen und SPD gegen die CDU bei Enthaltung von Die Linke, FDP und KlimaFreunde **zugestimmt**.

### **3.3 Öffentliche Ausschreibung des Weihnachtsmarkts auf dem Friesenplatz im Zeitraum 2024 - 2028 3090/2023**

Herr Janke, Amt für öffentliche Ordnung, weist auf den Beschluss aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Recht hin, der die Verwaltung beauftragt auf dem Friesenplatz einen Weihnachtsmarkt auszuschreiben. Hierfür habe das Amt für öffentliche Ordnung das gleiche Verfahren wie bei großen Märkten gewählt, um auch Qualitätskriterien anfordern zu können. Bei der ersten Ausschreibung habe der einzige Bieter, sein Gebot für 2023 zurückgezogen. Daher sehe die Beschlussvorlage nun eine erneute Ausschreibung vor.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, bedauert, dass die erste Ausschreibung nicht erfolgreich war und weist darauf hin, dass die Limburger Straße nicht ab der Höhe der Antwerpener Straße gesperrt und auf die Antwerpener Straße in Richtung Brüsseler

Straße umgeleitet werden soll. Dies habe die Bezirksvertretung Innenstadt am 27.04.2023 beschlossen.

Herr Scheffer, Die Linke, bittet die Anregung von Herrn Dr. Herrndorf aufzunehmen. Er sieht jedoch den Bedarf für einen weiteren Weihnachtsmarkt an der Stelle nicht.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt, stellt die Historie ab der Beantragung eines Weihnachtsmarktes auf dem Friesenplatz in 2021 inklusiv der Beschlüsse des AVR und der BV 1 dar.

Herr Leitner, CDU, sieht ebenfalls den Bedarf für einen weiteren Weihnachtsmarkt nicht.

Herr Cremer, SPD, stimmt der Beschlussvorlage zu.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, stellt folgenden Ergänzungsantrag: „Die Bezirksvertretung Innenstadt verweist auf ihren Beschluss vom 27.04.2023 und stimmt der Verwaltungsvorlage unter Maßgabe der da beschlossenen Verkehrsführung zu.“

### **Geänderter Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe der Platzfläche Friesenplatz, westlich des Hohenzollernrings zwischen Limburger Straße und Venloer Straße, zur Durchführung eines Weihnachtsmarktes im Zeitraum 2024 – 2028 in einem transparenten, diskriminierungsfreien Wettbewerbsverfahren auszuschreiben. ~~Die für den Weihnachtsmarkt zur Verfügung gestellte Fläche zwischen der Limburger Straße und der Venloer Straße (rund 1260 m<sup>2</sup>) wird durch eine Sperrung der Limburger Straße ab der Höhe Antwerpener Straße sowie einer Umleitung auf die Antwerpener Straße in Richtung Brüsseler Straße um circa 450 m<sup>2</sup> erweitert.~~

### **Die Bezirksvertretung Innenstadt verweist auf ihren Beschluss vom 27.04.2023 und stimmt der Verwaltungsvorlage unter Maßgabe der da beschlossenen Verkehrsführung zu**

2. Die als Anlage 1 bis 5 beigefügten Ausschreibungsunterlagen inklusive einer Planskizze mit den darin aufgeführten Eignungskriterien, Mindestanforderungen an das Angebot und den entsprechende Bewertungskriterien (Bewertungsmatrix) an den Weihnachtsmarkt Friesenplatz werden beschlossen.
3. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschließt die Zusammensetzung einer Findungskommission durch jeweils fünf Vertreter\*innen der Ratsfraktionen und der Bezirksvertretung Innenstadt sowie einer Vertreter\*in der Verwaltung.
4. Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt die Vertreter\*innen als Mitglieder\*innen der Findungskommission  
Vertreter\*innen der Bezirksvertretung Innenstadt:

**1. Herr Hupke, Bezirksbürgermeister**

**2. Herr Vinçon, B90/Die Grünen**

**3. Herr Polat, SPD**

**4. Herr Spilles, CDU**

**5. Frau Wienke, Die Linke**

5. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales benennt die Vertreter\*innen der Ratsfraktionen als Mitglieder\*innen der Findungskommission

Vertreter\*innen der Ratsfraktionen:

1. \_\_\_\_\_

2. \_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

4. \_\_\_\_\_

5. \_\_\_\_\_

Vertreter\*in der Verwaltung

Frau Athene Hammerich, Leiterin des Amtes für öffentliche Ordnung

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, SPD und KlimaFreunde gegen die CDU bei Enthaltung von Die Linke und FDP **zugestimmt.**

**3.4 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3270/2023**

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt den Erlass der 290. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

**3.5 Lückenschluss RingFrei am Barbarossaplatz (gem. 1202/2019) 3334/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, gibt folgende Anmerkungen zu Protokoll:

„Bei der weiteren Bearbeitung soll die Verwaltung die Punkte prüfen, die im Fachgespräch angemerkt wurden:

1. **Die Breiten der beiden Autostreifen in der Roonstraße** in Richtung Barbarossaplatz sollen angepasst werden, damit grundsätzlich verhindert wird, dass der MIV durch das aktuelle Untermaß des rechten Fahrstreifens verleitet wird, den Schutzstreifen verbotswidrig zu überfahren.
2. Der dort aktuell **geplante Schutzstreifen soll möglichst als Radstreifen** markiert werden.
3. Ähnliches gilt für **die beiden Linksabbieger-Streifen und dem Schutzstreifen vom Barbarossaplatz in die Bäche**. Auch hier sollte die Breiten der beiden Streifen besser aufgeteilt werden (2 x 2,75 m), um das aktuelle Untermaß aufzuheben. Hier ist zudem zu prüfen, ob der Schutzstreifen entweder als Radstreifen ausgelegt wird oder ähnlich den Radstreifen in Mittellage rot eingefärbt wird.
4. Die zugehörige **Aufstellfläche** für den Fahrradverkehr vor der Lichtsignalanlage sollte möglichst verbreitert werden.

Darüber hinaus soll das im Verkehrsausschuss beschlossene Fachgespräch unter Einbeziehung der BV1 erfolgen.“

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung damit, den Lückenschluss in der Radverkehrsführung am Barbarossaplatz in südlicher Fahrtrichtung unter Umwandlung der rechten Autospur gemäß vorgelegter Planung umzusetzen. Für die Umsetzung der Maßnahme entstehen Kosten in Höhe von rund 115.000 €.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**3.6 Erneuerung von Hochwasserschutzeinrichtungen am Rheinufertunnel hier: Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss 2890/2023**

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss erkennt den Bedarf für die Erneuerung von Hochwasserschutzeinrichtungen am Rheinufertunnel mit voraussichtlichen Kosten in Höhe von 750.000,00 EUR brutto an und beauftragt die Verwaltung mit der Baudurchführung.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

**3.7 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt für das 1. Halbjahr 2024 3180/2023**

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2024
    - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
      - der „Karnevalskirmes“ vom 10.02. – 13.02.2024 (inkl. Auf- und Abbau vom 10.02. – 14.02.2024)
      - des „Antik- und Designmarkt“ vom 08.03. – 10.03.2024 (inkl. Auf- und Abbau 07.03. – 10.03.2024),
      - des „Circus Theater Roncalli“ vom 12.04. – 20.05.2024 (inkl. Auf- und Abbau vom 04.04. – 22.05.2024),
    - b. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
      - der „Fußball-Inklusionstage“ vom 10.05. – 12.05.2024 (inkl. Auf- und Abbau 08.05. – 13.05.2024)
    - c. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
      - der Polis.Mobility Stadtentwicklungsmesse vom 24. – 26.05.2024 (inkl. Auf- und Abbau 22. – 28.05.2024)
- den jeweiligen Veranstalter\*innen zur Verfügung zu stellen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt im Vorgriff auf die Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2024
- a. den zentralen Innenstadtplatz Heumarkt für die Durchführung
    - des „Altstadtfest“ vom 09.08. – 11.08.2024 (inkl. Auf- und Abbau 07.08. – 12.08.2024),
  - b. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
    - des „Nelson Mandela Tag“ vom 26.07. – 28.07.2024 (inkl. Auf- und Abbau 25.07. – 29.07.2024),
    - des „Weinmarkt“ vom 01.08. – 11.08.2024 (inkl. Auf- und Abbau 30.07. – 12.08.2024),
    - des „gamescom city festival“ vom 23.08. – 25.08.2024 (inkl. Auf- und Abbau 21.08. – 27.08.2024)
    - des „Herbstfest Neumarkt“ vom 06.09. – 08.09.2024 (inkl. Auf- und Abbau 04.09. – 09.09.2024),
    - des „Side-Event Köln Marathon“ vom 03.10. – 06.10.2024 (inkl. Auf- und Abbau 30.09. – 08.10.2024) und
    - des Spezialmarkts „Antik- und Designmarkt“ vom 18.10. – 20.10.2024 (inkl. Auf- und Abbau 17.10. – 20.10.2024)
  - c. den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
    - des „gamescom city festival“ vom 23.08. – 25.08.2024 (inkl. Auf- und Abbau 21.08. – 27.08.2024)
  - d. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung
    - der Konzertreihe „Weltstars auf dem Roncalliplatz“ vom 24. – 28.07.2024 (inkl. Auf- und Abbau 22. – 31.07.2024)
- den jeweiligen Veranstalter\*innen zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt** bei Enthaltung Die Linke und KlimaFreunde.

**3.8 Benennung eines Mitgliedes der Bezirksvertretung Innenstadt zur Teilnahme an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates in der Wahlperiode 2020-2025  
3645/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt benennt Frau Gunda Wienke, Die Linke, mit Wirkung ab 01.01.2024 für die Teilnahme an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates für die Wahlperiode 2020-2025 als Vertreterin der Bezirksvertretung Innenstadt.

Als Vertretung ist Herr Christian Nüsser, FDP, weiterhin benannt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

**3.9 Genehmigung DE - Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors\*iner Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Neubaus oder des Umbaus und ggfls. der Erweiterung eines Bestandsgebäudes für ein 4/6 zügiges Gymnasium (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Neustadt-Nord  
1382/2023/1**



**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors\* einer Investorin.

Gesucht werden Flächen zur Unterbringung eines 4/6 zügigen Gymnasiums sowie einer Sporthalle mit vier Sportübungseinheiten im Stadtteil Neustadt Nord.

Angeboten werden kann ein Grundstück zur Planung oder Errichtung eines entsprechenden Gebäudes oder ein bestehendes Gebäude, das umgebaut oder erweitert werden kann.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche, die Planung und bauliche Errichtung oder die Anmietung eines bestehenden Gebäudes umfassen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt wurde im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung vorab angehört. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung, der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und der Finanzausschuss werden im Rahmen einer Mitteilung nachträglich informiert.“

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig** bei Enthaltung Die Linke **zugestimmt.**

**3.10 Genehmigung DE - Sanierung des Funkturms Colonius (BV 1 Innenstadt) 3519/2023**

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:**

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das Vorhaben der Deutschen Funkturm GmbH, den Funkturm „Colonius“ wieder einer barrierefreien Nutzung zuzuführen und so öffentlich zugänglich zu machen, zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln begrüßt es, dass dafür Fördermöglichkeiten gesucht werden und stellt seinerseits eine finanzielle Beteiligung in Aussicht, wenn ein, mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept und eine tragbare Gesamtfinanzierung vorgelegt werden.
3. Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Verwaltung dabei, eine Gesamtfinanzierung mit Land und Bund sicherzustellen und mit der Deutschen Funkturm GmbH (DFMG) eine Regelung zur möglichen Überschreitung der Baukosten zu finden.
4. Der Rat der Stadt Köln bittet die Verwaltung über den Fortgang des Projektes zu berichten.

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und KlimaFreunde gegen Die Linke **zugestimmt.**

**3.11 Leitlinien für die Durchführung eines zweistufigen Gutachterverfahrens für die Errichtung eines Bürokomplexes auf dem Gelände zwischen der**

## **Deutz-Mülheimer Straße und dem Pfälzischen Ring an der Zoobrücke in Köln-Deutz - verfahrensleitender Beschluss 3153/2023**

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, stellt das Vorhaben, welches ein privater Investor an der Deutz-Mülheimer-Str. mit einem Hochpunkt von bis zu 120 m für seine Firmenzentrale entwickeln möchte, vor. Vorab seien einige Voraussetzungen, wie die verkehrliche Erschließung, die Sichtbeziehung zum Kölner Dom und ein vorgeschaltetes umfangreiches Gutachterverfahren mit sehr renommierten Architekturbüros zu klären. Sie weist darauf hin, dass Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit nicht nur bei den Baustoffen berücksichtigt würden, sondern auch durch die Höhe der Fußabdruck auf dem Boden deutlich verringert werde. An das Gutachterverfahren schließe sich ein Bebauungsplanverfahren an.

Herr Scheffer, Die Linke, sieht das Vorhaben kritisch solange das Höhenentwicklungskonzept noch nicht stehe. Um die Akzeptanz zu erhöhen sollte ein Hochhaus auch einen Mehrwert für die Allgemeinheit haben, z.B. aus den Bereichen Soziales, Gesundheit oder Kultur.

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen.

### **Beschluss:**

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt zur Kenntnis, dass
  - a. ein zweistufiges Gutachterverfahren (Mehrfachbeauftragung) zum Neubau eines Bürokomplexes auf dem Gelände der Deutz-Mülheimer Str. 30 auf Grundlage dem beigefügten Entwurf der Kompaktinformation durchgeführt wird (siehe Anlage 1);
  - b. die avisierte Höhe des Hochpunktes 120 m beträgt, welche im weiteren Verfahren noch geprüft werden muss;
  - c. zur Überprüfung der Höhenentwicklung seitens der Vorhabenträgerin eine Ersteinschätzung in Bezug auf die Weltkulturerbeverträglichkeit durchgeführt wird;
  - d. das weitere Verfahren auf Grundlage der durch den Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Qualitätskriterien für die Bewertung aktueller Hochbauvorhaben durchgeführt sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen des Gutachterverfahrens zu einem geeigneten Zeitpunkt nach Anlage 2 des Höhenentwicklungskonzeptes (HEK) erfolgen soll (vgl. Vorlage Nr. [0426/2023](#)).
2. beschließt, dass die finale städtebauliche verträgliche Höhenentwicklung im Rahmen des Gutachterverfahrens unter Berücksichtigung der Bruttogeschossfläche des Projektes und des Weltkulturerbestatus des Kölner Dom mit der UNESCO entschieden wird.
3. beauftragt die Verwaltung,
  - a. ICOMOS über die beabsichtigte Projektentwicklung mit der Ersteinschätzung zu informieren und die Stellungnahme ICOMOS zur Zulässigkeit des Vorhabens mit seinen resultierenden Anforderungen in Bezug auf den Weltkulturerbestatus der Domumgebung im Gutachterverfahren fachlich-inhaltlich zu berücksichtigen;
  - b. das Gutachterverfahren mit der Vorhabenträgerin entsprechend zum „Kölner Modell der Wettbewerbsverfahren“ durchzuführen (vgl. [AN/0251/2022](#), geändert beschlossen durch den StEA am 07.04.2022);
  - c. auf Grundlage des im Ergebnis des Gutachterverfahrens zur Realisierung bestimmten Projektes – nach Eingang eines entsprechenden Antrags durch die

Vorhabenträgerin – die Einleitung eines Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans vorzubereiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig** bei Enthaltung Die Linke und KlimaFreunde **zugestimmt**.

### **3.12 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2023 3033/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt die Beschlussvorlage zurück und bittet um Vorlage einer Dringlichkeitsentscheidung.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **3.13 Parkraumbewirtschaftung Parkplatz Judenkirchhofsweg in Köln-Deutz 3202/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt die Beschlussvorlage zurück.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **3.14 Förderung des Brauchtums in den Veedeln - Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Innenstadt - Förderprogramm 3817/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Kunst und Kultur zur Bereitstellung der Mittel, das Förderprogramm zur Sicherung der Durchführung der Veedelszüge im Stadtbezirk Innenstadt für das Jahr 2024 (gemäß Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

### **3.15 Gebührenordnung für das Ausstellen von Bewohnerparkausweisen der Stadt Köln (Bewohnerparkgebührenordnung) 3760/2023**

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, hätte sich eine höhere Gebührenmöglichkeit und eine soziale Abstimmung gewünscht. In dieser Beschlussvorlage sehe man einen Kompromiss, dies über die Länge des PKW indirekt zu lösen. Er hofft, dass der Gesetzgeber es bis zu einer Erhöhung der Bewohnerparkgebühren ermöglicht, soziale Härtefälle zu berücksichtigen.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, ist mit der Beschlussvorlage nicht einverstanden und wird sich enthalten.

Herr Cremer, SPD, erklärt, dass die Richtung der Beschlussvorlage richtig sei, hält sie aber für nicht ausgereift genug und enthält sich daher. Im Rat werde die SPD einen Änderungsantrag einbringen.

Frau Wienke, Die Linke, stimmt der Beschlussvorlage nicht zu, da alles, was im Masterplan Parken beschlossen worden sei und die Idee dahinter eine Verkehrswende zu initiieren und über Preise eine Lenkungswirkung zu haben, nicht enthalten sei. Die Stadt Bonn habe eine soziale Komponente berücksichtigt. Man wolle im Vergleich zu europäischen Metropolen stehen. Die beabsichtigte Gebühr werde nichts bringen.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, führt aus, dass sich ein Punkt der Beschlussvorlage mit der Höhe der Gebühren beschäftige und die anderen damit, dass jetzt die Grundlagen dafür gelegt werden, überhaupt Gebühren zu erheben. Die Höhe der Gebühren sei aus einer verkehrspolitischen Lenkungswirkung in der Höhe und der Spreizung ungenügend. Im Vergleich zu europäischen Metropolen seien die Gebühren gering. Aber mit dieser Beschlussvorlage steige man ein, überhaupt Gebühren vernünftig erheben zu können. Wenn man sich enthalte oder dagegen stimme, stimme man auch dagegen, dass das Personal zugesetzt werde und die entsprechende Prozesse in den Bürgerämtern aufgesetzt werden, um Anwohnerparkgebühren zu erheben. Damit soll auch erreicht werden, dass die Bewohnerparkplätze nicht durch dauerhaft parkende Autos blockiert werden. Die vorgeschlagene Regelung biete einen verkehrspolitischen Einstieg ohne gleichzeitig ein sozialpolitischer Ausstieg zu sein.

Frau Wienke, Die Linke, weist auf den Beschluss hin, das Parken entlang der öffentlichen Straßen herauszunehmen, da es ein totales Überangebot an Parkplätzen gebe. Am Wochenende, wenn nur noch Anwohner da seien, seien viele Parkplätze leer. Ein Platz in der Quartiersgarage werde nicht gemietet, wenn man kostenlos an der Straße parken könne. Sie plädiert dafür den Beschluss das Parken entlang der Straße auszunehmen, endlich umzusetzen. Mit der Einführung von curbside management könne ganz einfach mehr Raum für Mikromobilitätsparken und Fahrradparken oder Parken von Bussen geschaffen werden. Daher spreche sie sich gegen eine so geringe Einstiegsgebühr aus. Man müsse davon wegkommen den öffentlichen Grund zu vergeuden und mit Autos vollzustellen.

Herr Cremer, SPD, betont, dass man die Lebensqualität in der Kölner Innenstadt verbessern möchte, aber er weist auf die Mitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hin, wonach die Erhöhung der Bewohnerparkausweise die Bewohner von Mehrfamilienhäusern in dicht besiedelten Stadtteilen treffe, weil es dort kaum Möglichkeiten gebe, die PKW's auf eigenen Stellplätzen abzustellen oder dauerhaft anzumieten und weder sozial noch gerecht sei.

Herr Nüsser, FDP, unterstützt die Ausführungen von Herrn Cremer. Er sieht keinen Lebensqualitätsgewinn durch den Beschluss, der zu einem Zeitpunkt erfolge, zu dem die KVB mitgeteilt habe, dass sie weitere 12 Monate Notfallbetrieb hätten. Es sei keine flächendeckende ÖPNV-Nutzung und Quartiersgaragen vorhanden sei, doch der Preis werde schon erhöht, wenn auch nicht so schmerzhaft, wie ursprünglich geplant. Dies sei falsch herum gedacht.

### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt die Festsetzung der Gebühren für Bewohnerparkausweise gemäß der unter Punkt 3.2. „Berechnung künftiger Gebühren für Bewohnerparkausweise“ aufgeführten Berechnung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer Beschlussvorlage für eine Erhöhung der Gebühren für Bewohnerparkausweise, sobald die rechtlichen Voraussetzungen für eine finanzielle Besserstellung von KölnPass-Inhaber\*innen gegeben sind.

3. Der Rat beschließt die Anpassung der Gebühren für Bewohnerparkausweise gemäß der als Anlage beigefügten Bewohnerparkgebührenordnung.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Maßnahmen für die Umsetzung der geänderten Bewohnerparkgebührenordnung umzusetzen und die hierfür erforderlichen Stellenbedarfe im Rahmen des regulären Stellenplanverfahrens einzurichten. Die Refinanzierung der Stellen erfolgt aus den Gebührenmehrerträgen. Weiterhin werden die notwendigen Softwareanforderungen schnellstmöglich ermittelt und in einer gesonderten Beschlussvorlage dargelegt.
5. Die Einführung der neuen Gebührenordnung soll vorbehaltlich der unter Punkt 4 genannten Detailermittlung möglichst zum 01.07.2024 erfolgen.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu erarbeiten, wie das Bewohnerparken auf städtische Parkbauten ausgeweitet werden kann. Anhand zweier städtischer Parkbauten soll exemplarisch ein konkretes Betriebskonzept aufgestellt und den zuständigen Gremien zum Beschluss vorgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen (6), CDU und KlimaFreunde gegen Die Linke und FDP bei Enthaltung von SPD und B90/Die Grünen (Frau Kosubek und Herr Arabaci) **zugestimmt**.

### **3.16 Energetische Sanierung des Bürgerzentrums Deutz, Tempelstraße 41-43, 50679 Köln Planungsbeschluss 3475/2023**

#### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die Planungsaufnahme (Leistungsphasen 1 - 3 HOAI) zur energetischen Sanierung des Bürgerzentrums Deutz, Tempelstraße 41-43, 50679 Köln mit Planungskosten nebst anteiligen Ingenieurkosten in Höhe von (brutto) 353.430 Euro und ermächtigt die Verwaltung, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Planung sowie einem Energiekonzept und der Kostenberechnung zu beauftragen.

Die Planungskosten für die Leistungsphasen 1 - 3 HOAI belaufen sich auf Basis der Kostenannahme der städtischen Koordinationsstelle Klimaschutz in Zusammenarbeit mit der Abteilung Bürgerhäuser/Bürgerzentren des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren auf netto rund 297.000 Euro (brutto 353.430 Euro).

Die Verwaltung wird vorbehaltlich eines später zu fassenden Baubeschlusses beauftragt, Fördermittel beim Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung zu beantragen.

Eine bauliche Realisierung der Maßnahme wird nur erfolgen, wenn eine entsprechende Förderzusage in Höhe von 80% der förderfähigen Kosten vorliegt.

Zur Finanzierung der Planungskosten stehen im Haushaltsplan 2023/2024, Haushaltsjahr 2023 im Teilfinanzplan des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes in der Produktgruppe 1401 Umwelt, -vorsorge in der Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen bei Finanzstelle 5704-1401-0-AZ03, ARAP-Investitionsprogramm Klimaschutz, entsprechende Mittel zur Verfügung. Diese werden im Rahmen der Bewirtschaftung zum Teilfinanzplan der Bürgerhäuser/-zentren in die Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung u. Förderung von Bürgerhäuser/-zentren umgeschichtet.

Für die Haushaltsjahre 2025 ff. wird das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel zur Deckung der konsumtiven Folgeaufwendungen, gegebenenfalls durch Umschichtungen, vorsehen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

**3.17 7. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung  
3218/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt die Beschlussvorlage zurück.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**3.18 Umsetzung des Förderprojektes „Netzwerkarbeit für die Kölner City“ im  
Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“  
hier:  
Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungs-  
fonds Kölner City und Einrichtung eines Innenstadtbeirats  
3650/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt die Beschlussvorlage zurück und bittet um  
Vorlage einer Dringlichkeitsentscheidung.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

**4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des  
Landes Nordrhein-Westfalen**

**4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umgestaltung Neumarkt (Az.: 02-  
1600-211-22)  
2202/2023**

Der Petent stellt die Eingabe vor. Er bittet den Zustand auf dem Neumarkt zu erhalten, sodass auch außerhalb von Veranstaltungen ein direkter Weg vom Ausgang aus der Mitte des Platzes zur Bushaltestelle ohne Umweg bis zur Richmodstraße und wieder zurück möglich sei. Dadurch werde der Anschluss gerade auch in taktschwachen Zeiten ermöglicht. Die Begründung der Verwaltung zur Ablehnung könne er nicht nachvollziehen.

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt bedankt sich für die Eingabe des Petenten. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anregung zur besseren Beschilderung der Haltestelle Neumarkt an die KVB mit der Bitte um Berücksichtigung bei der weiteren Planung weiterzugeben.

Der Vorschlag des Petenten, die Wegeführung bei Veranstaltungen auf dem Neumarkt anzupassen, kann aufgrund der u. g. Erläuterungen nicht umgesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt** bei Enthaltung Die Linke und KlimaFreunde.

(Herr Scheffer war bei der Abstimmung nicht anwesend.)

**4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO Bücherschrank auf dem Spielplatz Buschgasse / An der Eiche  
2892/2023**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt die Vorlage zurück** mit der Maßgabe einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

**4.3 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone", AZ: 35/23  
2795/2023**

Der Petent stellt die Eingabe vor. Er regt eine Tempo 30-Zone auf der Bonner Straße zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall an und führt aus, dass sich die Situation auf der Bonner Straße in diesem Bereich von 700 m mit 41 gastronomischen Betrieben dramatisch zugespitzt habe. Die Fahrradwege würden permanent zugestellt. Die Straße gehöre laut statistischem Bundesamt zu den fünf gefährlichsten Straßen in Köln. Zudem weist er auf die Lärmbelästigung hin. Auch für ältere Bürger mit Rollatoren sei dies kaum noch auszuhalten. Ausgerechnet dort, wo es am belebtesten sei, könne Tempo 50 gefahren werden.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, bedankt sich für die Bürgereingabe. Sie kann bestätigen, dass der Verkehr dort in den letzten Jahren derart zugenommen habe und die Raserei besonders in den Abendstunden extremer geworden sei. Entgegen der Begründung der Fachverwaltung gebe es in der Umgebung mehrere Kindergärten, mehrere Altenheime und mehrere Schulen. Sie lehnt daher die Verwaltungsvorlage in dieser Form ab und stimmt der Bürgereingabe zu.

Herr Cremer, SPD, stimmt den Ausführungen von Frau Kosubek zu. Dies sei exakt sein erster Antrag vor ca. 10 Jahren in der Bezirksvertretung Innenstadt gewesen, der damals auch von der Fachverwaltung abgelehnt worden sei.

Herr Spilles, CDU, dankt dem Petenten ebenfalls und sieht auch ein Problem wo Damstädter und Kurfürstenstraße auf der einen und Zugweg und Elsaßstraße auf der anderen Seite auf die Bonner Straße zufließen. Dort befinden sich ein Zebrastreifen, den man für notwendig halte. Dieser würde aber lt. Fachverwaltung wegfallen, wenn eine Tempo-30 Zone errichtet würde und damit wäre weniger Sicherheit zu befürchten. Daher folge er der Verwaltungsvorlage.

Frau Wienke, Die Linke, bestätigt, dass diese Strecke der absolute Horror sei. Man müsse feststellen, dass Kinder und Verkehrssicherheit keine Rolle spielen würden und diese Argumente von der Fachverwaltung immer abgebügelt würden. Das Einzige, was funktioniere, sei eine Lärmklage. Sie fragt, ob nicht auch in einer Tempo-30-Zone ein Fußgängerüberweg möglich sei.

Nach weiterer Diskussion stellt Herr Dr. Herrndorf klar, dass es in der StVO einen Unterschied zwischen Tempo 30 Zonen und streckenbezogener Tempo 30 Anweisung gebe. In Tempo 30 Zonen gelte im Allgemeinen rechts vor links, Fußgängerüberwege und Ampeln seien nicht erlaubt, sie dürfen nur eine gewisse Größe haben und im Nebennetz sein. Die kleinen Seitenstraßen befinden sich meist in Tempo 30 Zonen, dort seien Fußgängerüberwege nicht nötig und damit nach StVO nicht zulässig. Tempo 30 auf der Strecke dürfe z.B. bei schutzwürdigen Einrichtungen, besonderen Gefährdungslagen oder Lärmimmission angeordnet werden. Dies sei kein Hindernis für Fußgängerüberwege und Lichtsignalanlagen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, unterbricht die Sitzung um 17:45 Uhr für 10 Minuten.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt fasst die Meinungsbildung der Bezirksvertretung zusammen. Diese wolle eine streckenbezogene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h und alle vorhandenen Fußgängerüberwege sollen erhalten bleiben.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, schlägt daraufhin folgende Änderung des Beschlusstextes vor: „Die Verwaltung wird beauftragt im Sinne des Petenten eine streckenbezogene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einzurichten und alle vorhandenen Zebrastreifen beizubehalten.“

#### **Geänderter Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem Petenten für seine Eingabe. ~~und folgt der Empfehlung der Verwaltung eine 30er Zone in dem vom Petenten angeregten Bereich nicht einzurichten.~~ **Die Verwaltung wird beauftragt im Sinne des Petenten eine streckenbezogene Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einzurichten und alle vorhandenen Zebrastreifen beizubehalten.**

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt** bei Enthaltung der FDP.

#### **4.4 Bürgereingabe nach §24 GO- Parkplatzlösung Agnesviertel - hier: Lentpark 67/2023 2446/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, schließt sich der Verwaltungsvorlage an und möchte sich nicht in das operative Geschäft der KölnBäder einmischen.

Herr Leitner, CDU, begrüßt die Eingabe des Petenten, weist auf den extremen Parkdruck im Agnesviertel hin und stellt folgenden Ersetzungsantrag: Wir begrüßen die Eingabe des Petenten und unterstützen das Ansinnen, die bestehenden Parkplatzflächen bestmöglich auszunutzen und nicht Leerstehen zu lassen.

Wir bitten die Verwaltung, das Thema erneut im Hinblick auf eine digitale Lösung für eine zeitlich eng begrenzte Öffnung des Parkhauses außerhalb der Öffnungszeiten des Lentparks auf Machbarkeit zu untersuchen.

In der Vergangenheit hat die Stadt Köln bereits die Machbarkeit im Rahmen des GrowSmarter Projektes in Zusammenarbeit mit dem Kölner Startup Ampido nachgewiesen: <https://www.stadt-koeln.de/artikel/62911/index.html>

Die temporäre Öffnung von Parkflächen für Anwohner per App ist erprobt und bereits breit im Einsatz, wie das Beispiel aus Düsseldorf zeigt: <https://www.24rhein.de/rheinland-nrw/pilotprojekt-nrw-aldi-sued-parkflaechen-anwohner-frei-duesseldorf-penny-lidl-netto-parkplaetze-zr-92477334.html>



Auf Nachfrage von Frau Wienke, Die Linke, die ein Parkraummanagement und eine gute Nutzung eines solchen Raumes unterstützt, bestätigt Herr Leitner, CDU, dass die Möglichkeit einer Gebührenerhebung durch die KölnBäder bestehe.

#### **Geänderter Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem\*der Petent\*in für die Eingabe und ~~nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.~~

- **Wir begrüßen die Eingabe des Petenten und unterstützen das Ansinnen, die bestehenden Parkplatzflächen bestmöglich auszunutzen und nicht Leerstehen zu lassen.**
- **Wir bitten die Verwaltung, das Thema erneut im Hinblick auf eine digitale Lösung für eine zeitlich eng begrenzte Öffnung des Parkhauses außerhalb der Öffnungszeiten des Lentparks auf Machbarkeit zu untersuchen.**
- **In der Vergangenheit hat die Stadt Köln bereits die Machbarkeit im Rahmen des GrowSmarter Projektes in Zusammenarbeit mit dem Kölner Startup Ampido nachgewiesen: <https://www.stadt-koeln.de/artikel/62911/index.html>**
- **Die temporäre Öffnung von Parkflächen für Anwohner per App ist erprobt und bereits breit im Einsatz, wie das Beispiel aus Düsseldorf zeigt: <https://www.24rhein.de/rheinland-nrw/pilotprojekt-nrw-aldi-sued-parkflaechen-anwohner-frei-duesseldorf-penny-lidl-netto-parkplaetze-zr-92477334.html>**

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung B90/Die Grünen**

#### **4.5 Bürgereingabe nach § 24 GO - Wiederherstellung des Bouleplatzes am Fort X - 139/23 B 3286/2023**

Die Petentin stellt Ihre Eingabe vor mit der die Wiederherstellung des Bouleplatzes mit zwei hintereinanderliegenden Bahnen am Fort X, im westlichen Teil des dortigen Umgehungsgrabens, im Agnesviertel angeregt wird. Ein Schild sollte auf die Funktion des Platzes hinweisen und wünschenswert wäre eine Bank. Nach zweijähriger Spielpause während der Corona-Pandemie, sei die Spielstätte als solche nicht mehr zu erkennen und zu nutzen und müsste daher wiederhergestellt werden. Die Bewegung an frischer Luft tue den Älteren gut und sei ein Mittel dagegen, sich im Alter allein zu fühlen.

Frau Utku, B90/Die Grünen, unterstützt die Eingabe und sieht diese ebenso als Bereicherung für die soziale Integration und Nachbarschaft. Auch der Vorschlag der Fachverwaltung, die Mittel aus Stadtverschönerungsmitteln zu nehmen, werde unterstützt.

Herr Cremer, SPD, bedankt sich für die Eingabe, hebt die Kultur des Boulespielens in der Kölner Innenstadt als etwas ganz Besonderes und zu Pflegendes hervor und unterstützt die Beschlussvorlage.

Herr Leitner, CDU, begrüßt ebenfalls die Eingabe und bittet zusätzlich zu den 10.000 € für die Wiederherstellung des Bouleplatzes zwei Bänke aufzustellen. Damit gebe man den Boulespielern eine Sitzmöglichkeit und könne auch den Platz am Fuß dieses wichtigen Forts gestalten.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, begrüßt auch, dass der Bouleplatz wiederhergestellt wird und schließt sich Herrn Leitner an, dort zusätzlich Bänke aufzustellen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke formuliert daraufhin folgende Ergänzung: **„Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung zwei Bänke der Kölner Grün Stiftung aufzustellen.“**

### **Ergänzter Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt bedankt sich für die Eingabe der Petenten. Sie stimmt der Sanierung der Boulebahn im westlichen Teil des Umgehungsgrabens des Fort X im Hilde-Domin-Park zu und beauftragt die Verwaltung entsprechend mit der Umsetzung. Die Kosten für die Sanierung der Boulebahn liegen bei 10.000 € und sind aus dem Budget des Stadtverschönerungsprogramms 2024 zu entnehmen. **Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung zwei Bänke der Kölner Grün Stiftung aufzustellen.**

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

## **5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**

### **5.1 Anträge aus früheren Sitzungen**

#### **5.1.1 Umbenennung der Mohrenstraße in Altstadt-Nord, Antrag SPD AN/1311/2020**

#### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt den Antrag zurück** mit der Maßgabe ein Fachgespräch durchzuführen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

### **5.2 Anträge zu dieser Sitzung**

#### **5.2.1 Entfall des Parkens auf der Maastrichter Straße, Antrag B90/Die Grünen AN/1942/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, führt aus, dass der Antrag auf den Masterplan Parken und einen Ratsbeschluss zurückgehe, der das Parken in der Kölner Innenstadt neu regeln wolle. Dort war u.a. vorgesehen, dass auf der gerade baulich neu gestalteten Maastrichter Straße, nicht mehr geparkt werden soll. Er weist auf zwei große Parkhäuser in der Straße hin. Die Maastrichter Straße biete in Fortsetzung der Ehrenstraße charmanten Einzelhandel und verbinde den Brüsseler Platz und den Grüngürtel mit der Kölner Innenstadt, daher möchte man den öffentlichen Raum dort neu ordnen.

Herr Leitner, CDU, wendet ein, dass der Masterplan Parken nach seiner Information noch nicht verabschiedet worden sei, sondern bisher nur ein Antrag diesen Masterplan vorzulegen. Er bittet dies zunächst zu klären.

Herr Polat, SPD, erinnert an den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt aus der letzten Sitzung Parkraumregelungen in der Innenstadt darauf aufzubauen, mehr Quartiersgaragen einzurichten und darüber mehr Platz für Menschen im öffentlichen Raum zu schaffen. Er spricht sich dagegen aus, Parkplätze vorweg zu entfernen ohne eine Lösung für den Parkdruck zu finden und plädiert dafür den Antrag in dieser Form nicht anzunehmen.

Frau Wienke, Die Linke, spricht sich für eine Freiräumung aus. Sie weist auf die Mitteilung zu den Quartiersgaragen hin, wonach für die Umsetzung des Beschlusses die notwendigen Kapazitäten fehlen.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, bestätigt den Hinweis von Herrn Leitner, CDU, allerdings sei die Maßgabe des Beschlusses, dass auf der Severin-, Aposteln-, Maastrichter und Zülpicher Straße das Parken komplett entfallende und die Verwaltung habe in ihrer Mitteilung auf den Masterplan Parken verwiesen und scheine somit den Beschluss als direkten Auftrag übernommen zu haben. Die Maastrichter Straße eigne sich zur Wegnahme der Parkplätze sehr gut, weil diese nicht baulich z. B. mit einer Bürgersteigkante angelegt seien. Das Entfernen der Schilder in der Maastrichter Straße sollte der Verwaltung auch bei den beschränkten Ressourcen möglich sein. Er ändert den ersten Satz des Antrags nach erneutem Einwand von Herrn Leitner, CDU, wie folgt: „Der ~~für den im~~ „Masterplan Parken“ ~~getroffene vorgesehene Beschluss zum~~ Entfall des Parkens auf der Maastrichter Straße wird hiermit bekräftigt und ist zeitnah umzusetzen.“

#### **Geänderter Beschluss:**

Der ~~für den im~~ „Masterplan Parken“ ~~getroffene vorgesehene Beschluss zum~~ Entfall des Parkens auf der Maastrichter Straße wird hiermit bekräftigt und ist zeitnah umzusetzen. Die Einrichtung von Parken auf Multifunktionsstreifen entspricht diesem Beschluss nicht. Die angelegten Ladezonen sowie die von einem ortsansässigen Car-sharing-Anbieter genutzten Elektroladesäulen sollen erhalten bleiben. Auf den freiwerdenden Flächen soll ggf. zusätzliches Radparken eingerichtet werden.

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, Die Linke und KlimaFreunde gegen SPD, CDU und FDP **zugestimmt.**

#### **5.2.2 Standorte für Quartiersgaragen, gem. Antrag SPD, B90/Die Grünen, CDU und Die Partei AN/1954/2023**

Herr Nüsser, FDP, stellt den Änderungsantrag beim vierten bullet point hinter sukzessive das Wort „nur“ einzusetzen.

Frau Dr. Holzer-Henke, KlimaFreunde, beantragt hinter sukzessive „zusätzlich“ einzufügen.

Frau Wienke, Die Linke, verweist auf den verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Herrn Lukas Lorenz, der die Idee hatte, zunächst zu erfassen, wie viele Parkplätze es in der Innenstadt gibt, damit man Angebot und Nachfrage ermitteln könne. Das Angebot sei in der Innenstadt gigantisch.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, weist darauf hin, dass der Antrag in Punkt vier eine gewisse Unschärfe habe. Aufgrund funktionaler Notwendigkeit anderen Verkehrsteilnehmenden Räume zur Verfügung zu stellen, seien in den letzten Jahren Parkplätze weggefallen. Es sei wichtig, dass dieser Gestaltungsspielraum erhalten bleibe. Der Beschluss könne nicht so interpretiert werden, dass bis zum Bau einer Quartiersgarage kein Parkplatz mehr entfallen dürfe, das wäre das Ende der Verkehrswende.

Herr Nüsser, FDP, kann diesem Vorschlag nicht folgen.

Herr Cremer, SPD, führt aus, dass dies örtlich genau betrachtet werden müsse und schlägt vor, die Unschärfe in Punkt vier zu belassen.

Herr Leitner, CDU, spricht sich für den Antrag mit der offenen Formulierung in Punkt vier aus.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, erklärt, dass der Änderungsantrag der FDP der weitest gehende Antrag sei, da er dem Antrag eine andere Intention gebe, der Änderungsantrag der KlimaFreunde sei näher an der Intention des Ursprungsantrags.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lässt zunächst über den Änderungsantrag der FDP, danach über den Änderungsantrag der KlimaFreunde und dann über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

### **I. Beschluss Änderungsantrag FDP:**

Ergänzung des 4. Spiegelstrichs um das Wort „nur“ wie folgt:

- Es sollen sukzessive **nur** so viele Plätze im Straßenraum entfallen können, wie in Quartiersgaragen geschaffen werden sollen.

### **II. Beschluss Änderungsantrag KlimaFreunde:**

Ergänzung des 4. Spiegelstrichs um das Wort „zusätzlich“ wie folgt:

- Es sollen sukzessive **zusätzlich** so viele Plätze im Straßenraum entfallen können, wie in Quartiersgaragen geschaffen werden sollen.

### **III. Beschluss (Ursprungsantrag):**

Die Verwaltung wird beauftragt bis zum II. Quartal 2024 der BV 1 ein "Konzept Stadtraum für alle - Quartiersparkhäuser statt Parksuchverkehr" vorzulegen, welches insbesondere die folgenden Anforderungen erfüllt:

- Die Identifikation geeigneter Standorte auf öffentlichen und privaten Grundstücken für ober- und unterirdische Quartiersgaragen, inklusive Potenzialanalyse und Umsetzungskonzept,
- Darlegung, welche vorhandenen ebenerdige Stellplatzanlagen besser ausgenutzt werden könnten, beispielsweise mit innovativen Konzepten wie gestapeltes Parken oder rotierendes Parken, damit an anderer Stelle in den dicht besiedelten Innenstadtbereiche wie der Südstadt - anstelle von Kfz-Abstellplätzen - Stadtraum mit hoher Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Bewohner zurückgegeben wird,
- Potentiale aufzeigen, wie vorhandene, teils über viele Tagesstunden nicht ausgelastete Parkhäuser (wie beispielsweise Europas längste Tiefgarage am Rheinauhafen) durch digitale Parkraummanagement-Lösungen besser d.h. mehrfach genutzt werden können, um bezahlbare Quartiersgaragen für Anwohner sowie Besucherinnen und Besucher zu erschließen.
- Es sollen sukzessive so viele Plätze im Straßenraum entfallen können, wie in Quartiersgaragen geschaffen werden sollen.
- Priorität soll hierbei die Auslastung der bestehenden Parkhäuser vor dem Neubau sowie der Integration von Quartiersgaragen in neue Wohnprojekte haben.

### **I. Abstimmung zu Änderungsantrag FDP**

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, SPD, CDU und Die Linke (Herr Scheffer) gegen die FDP bei Enthaltung Die Linke (Frau Wienke) **abgelehnt**.

### **II. Abstimmung Änderungsantrag KlimaFreunde**

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, SPD, CDU und FDP gegen die KlimaFreunde bei Enthaltung Die Linke **abgelehnt**.

### **III. Abstimmung Ursprungsantrag**

**Einstimmig** bei Enthaltung Die Linke (Frau Wienke) und KlimaFreunde **zugestimmt**.

#### **5.2.3 Bitte um Entfernen zweier alter Telefonzellen auf der Deutzer Freiheit, Antrag CDU AN/1960/2023**

Herr Fischer, B90/Die Grünen, stimmt dem Antrag zu, auch wenn die Telefonzellen ohnehin bundesweit bis 2025 abgebaut werden sollen.

#### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz bittet die Verwaltung, zwei alte Telefonzellen der Telekom auf der Deutzer Freiheit zu entfernen:

- an der Ecke Deutzer Freiheit/Siegburger Straße
- an der Ecke Deutzer Freiheit/Tempelstraße

Zudem bittet die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz die Verwaltung, an der Ecke Deutzer Freiheit/Siegburger Straße stattdessen einen weiteren Mülleimer aufzustellen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

#### **5.2.4 Informationen zu Bauvorhaben, Antrag Die Linke AN/1922/2023**

#### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt wird über den weiteren Verlauf der Neu- und Rückbauplanungen im Bereich Gilbachstraße/Gladbacher Straße informiert. Spätestens nach Abschluss der laufenden Verwaltungsrechts- und Bauantragsverfahren wird eine Mitteilung zum Stand des Projekts erstellt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

#### **5.2.5 Erstaufnahme-Einrichtung Riehler Straße, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1948/2023**

Herr Leitner, CDU, weist auf den vorliegenden Änderungsantrag hin, wonach, wie von Herrn Beigeordneten Dr. Rau zugesagt, das Gleisdreieck zu prüfen sei. Der vorliegende Antrag gehe davon aus, dass die Erstaufnahme-Einrichtung in dem ehemaligen Gebäude der OFD untergebracht werden soll, dies hätte man gerne offener formuliert. Er bittet zudem um Information, an welchen Standorten Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, kann dem Änderungsantrag nicht folgen. Herr Beigeordneter Dr. Rau habe schon in der damaligen Sitzung gesagt, dass er die Prüfung des Gleisdreiecks mitnehme, daher müsse diesbezüglich kein Beschluss gefasst werden. Außerdem werde der Standort nicht in Frage gestellt. Sie spricht sich dagegen aus, dass an abgelegenen Gegenden in Containern Geflüchtete untergebracht werden. Es gehe darum, dass der Wunsch von den Anwohnenden und der Bezirksvertretung informiert zu werden beschlossen werde.

Herr Cremer, SPD, lehnt den Ergänzungsantrag ab, da man sich in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren wieder stärker damit beschäftigen müsse, wo unter lebenswürdigen Bedingungen Menschen die in Köln stranden aufgenommen werden können. Die politischen Ereignisse zeigten, dass dies schwer genug werde. Eine weitere Prüfung eines jetzt schon akzeptablen Standortes für die Unterbringung von Flüchtlingen in der Kölner Innenstadt würde den Prozess enorm verzögern, bevor sie in Turnhallen oder gänzlich auf der Straße landen.

Herr Nüsser, FDP, kann den Widerspruch zwischen Antrag und Ergänzungsantrag nicht sehen. Die Zweifel am Standort habe er schon seine Zweifel am Standort zum Ausdruck gebracht. Der Ursprungsantrag poche nur darauf, dass Anwohner und Bezirksvertretung informiert würden. Er stimme sowohl dem Änderungsantrag als auch dem Ursprungsantrag zu.

### **Beschluss:**

Die BV bittet die Bezirksregierung, in Bezug auf die Einrichtung einer Erstaufnahme-Einrichtung in der Riehler Straße:

-die Bezirksvertretung zeitnah über Planungen und Entscheidungen bzw. den allgemeinen Zeitplan der mit der Stadt Köln geplanten Bürger\*inneninformation zu informieren bzw. in einem Fachgespräch vorzustellen, ggf. über die entsprechende Stelle in der Stadt Köln;

-eine\*n Ansprechpartner\*in für Fragen der Bezirksvertretung bzw. der in ihr vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter\*innen zu benennen;

Dabei sollen insbesondere der Schutz für die Einrichtung bzw. die in ihre untergebrachten Geflüchteten, die für den Dialog mit den Anwohnenden geplanten Maßnahmen sowie die Strategie für den Aufbau einer Engagement-Kultur mit Anwohner\*innen und den entsprechenden Vertreter\*innen der Stadtgesellschaft, insbesondere den in der Altstadt-Nord tätigen Akteuren (z.B. Alte Feuerwache, Unser Ebertplatz, IG Eigelstein, IG Villenviertel, St. Agnes, die ev. Kirchengemeinde) berücksichtigt werden.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

### **5.2.5.1 Ergänzungsantrag zu "Erstaufnahme-Einrichtung Riehler Straße (OFD)", Änderungsantrag CDU zu AN/1948/2023 AN/2090/2023**

#### **Beschluss:**

Die BV bittet die Bezirksregierung, in Bezug auf die Einrichtung einer Erstaufnahme-Einrichtung in der Riehler Straße:

**- weitere Standorte wie etwa den am Gleisdreieck, vorab zu prüfen, bevor es zu einer Einrichtung einer Erstaufnahme-Einrichtung in den Baulichkeiten der OFD kommt;**

**- die Bezirksvertretung zeitnah über die auf Kölner Stadtgebiet geprüften Alternativstandorte und die Prüfergebnisse zu informieren;**

-die Bezirksvertretung zeitnah über Planungen und Entscheidungen bzw. den allgemeinen Zeitplan der mit der Stadt Köln geplanten Bürger\*inneninformation zu informieren bzw. in einem Fachgespräch vorzustellen, ggf. über die entsprechende Stelle in der Stadt Köln;

-eine\*n Ansprechpartner\*in für Fragen der Bezirksvertretung bzw. der in ihr vertretenen Fraktionen und Einzelvertreter\*innen zu benennen;

Dabei sollen insbesondere der Schutz für die Einrichtung bzw. die in ihre untergebrachten Geflüchteten, die für den Dialog mit den Anwohnenden geplanten Maßnahmen sowie die Strategie für den Aufbau einer Engagement-Kultur mit Anwohner\*innen und den entsprechenden Vertreter\*innen der Stadtgesellschaft, insbesondere den in der Altstadt-Nord tätigen Akteuren (z.B. Alte Feuerwache, Unser Ebertplatz, IG Eigelstein, IG Villenviertel, St. Agnes, die ev. Kirchengemeinde) berücksichtigt werden.

**Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit** von B90/Die Grünen, SPD, Die Linke und KlimaFreunde gegen die CDU und FDP **abgelehnt**.

#### **5.2.6 Parken von Wohnmobilen/Wohnanhängern im Stadtbezirk Innenstadt, gem. Antrag SPD und Die Partei AN/1955/2023**

Herr Cremer, SPD, beantragt den Antrag aufgrund weiteren Abstimmungsbedarfs zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt **stellt den Antrag zurück**.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig zugestimmt.**

#### **5.2.7 Ausstellung Toleranzräume auf den Neumarkt, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1946/2023**

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die temporäre Ausstellung „Toleranzräume“ des Vereins Toleranz Tunnel e.V. möglichst in der ersten Jahreshälfte 2024 auf den Neumarkt zu holen und mit lokalen Akteuren, insb. der Kreativwerkstatt NEUMarkt, ein Begleitprogramm zu entwickeln und durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.**

## **6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter**

### **6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **6.1.1 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne AN/0153/2023**

#### **6.1.2 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage B90/Die Grünen AN/0244/2023**

#### **6.1.3 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer Grüngürtel AN/0425/2023**

- 6.1.4 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen AN/0814/2023**
- 6.1.5 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage B90/Die Grünen AN/1451/2023**
- 6.1.6 Zukunft des Rheingartens nach Kragplatte und Fußball WM 2024, Antrag B90/Die Grünen AN/1772/2023**
- 6.1.7 Stand der Planungen Eierplätzchen, Anfrage B90/Die Grünen AN/1814/2023**
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung**
  - 6.2.1 Sanierung des Quäker-Nachbarschaftsheims/Norbert-Burger-Bürgerzentrum, Anfrage SPD AN/1957/2023**
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**

Herr Bezirksbürgermeister Hupke berichtet aus einer Videokonferenz mit Herrn Beigeordnetem Rau, den Bezirksbürgermeistern und Anderen, dass die Bezirksbürgermeister und Fraktionsvorsitzende informiert würden, wo Geflüchtete untergebracht würden. Auf seine Bitte sollte allen voran der Rat und die Direktkandidaten im Wahlbezirk informiert werden.

Herr Leitner, CDU, lädt zur Weihnachts- und Nikolausfeier am 06.12.2023 ab 10 Uhr am Eigelsteintor ein, die von der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Bürgeramt Innenstadt finanziell bezuschusst wurde. Es nehmen die Kindergärten von St. Kunibert, St. Ursula und aus dem Eigelstein- und Agnesviertel teil. Mit einem Feuerwehrauto mit Leiterwagen werde den Kindern geholfen den Baum zu schmücken. Ein Blasorchester der Musikhochschule nehme teil und der ehemalige Küster von St. Aposteln als Nikolaus.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertreterin, teilt erfreut mit, dass die Verwaltung begonnen habe die Bänke aufzustellen.



- 9        Mitteilungen der Verwaltung**
- 9.1      Projekt „Überprüfung der Kölner Straßennamen auf Zusammenhänge mit Kolonialismus oder Nationalsozialismus“  
Hier: Handlungsempfehlung für die Mohrenstraße in Köln-Altstadt/Nord  
3020/2023**
- 9.2      Bildungslandschaft Altstadt/Nord - Sporthalle Adolf-Fischer-Straße,  
Sachstand Stand 10. Oktober 2023  
3229/2023**
- 9.3      Aufstellung einer barrierefreien und eingehausten Mobiltoilette im Bereich des Wasserspielplatzes am Colonius  
3427/2023**
- 9.4      Dritter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten  
3192/2023**
- 9.5      Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "(Wieder)Errichtung einer öffentlichen Toilette im Umfeld des Skulpturenparks in 50668 Köln", Aktenzeichen: 65/23  
3506/2023**
- 9.6      Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 19.09.2023 (AN/1657/2023) betr. "Sachstand zur Errichtung von Quartiersgaragen"  
3327/2023**
- 9.7      Radverkehrsfreundliche Umgestaltung in der Gummersbacher Straße  
3232/2023**
- 9.8      Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe  
Gleiswechselbauwerk Waidmarkt  
hier: Verfüllung der Fahrbene und weiterer Bauverlauf nach Vorlage des Gutachtens zur Baugrubenumschließung  
3524/2023**
- 9.9      Sachstandsbericht  
3569/2023**

- 9.10 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration von Geflüchteten und neu eingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2023  
3445/2023**
- 9.11 Temporäre Einrichtung von zusätzlichen Fahrradabstellplätzen auf der Trankgasse  
2818/2023**
- Herr Leitner, CDU, bittet die Mitteilung zu vertagen.
- 9.12 Offenlage nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) zu den Änderungen (Teilaufhebungen) der Bebauungspläne 6644 Nd 1/16 (67453/16), 67454/09 und 67454/10 Arbeitstitel: Historische Mitte in Köln Altstadt/Nord  
3076/2023**
- 9.13 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2023 (Fahrplanjahr 2024)  
3386/2023**
- 9.14 Mitteilung zum Leitbild-Beschluss "Besser durch Köln"  
3701/2023**
- 9.15 Urteil des Oberverwaltungsgericht NRW zur Klage mehrerer Anwohner\*innen des Brüsseler Platzes gegen die Stadt Köln  
3769/2023**
- 9.16 Aufwertung des Neumarkts – Aktueller Stand  
3751/2023**

Gez. Hupke  
Bezirksbürgermeister

Gez. Brohl  
Schriftführerin